

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Stephan Hilsberg MdB
zur Strategie der SPD-
Ost: Nur die Kraft der
Vernunft zählt.

Seite 1

Horst Kubatschka MdB
zur Eröffnung des
Rhein-Main-Donau-Ka-
nals: Ein Monument
der Naturzerstörung.

Seite 4

Dokumentation

Niedersachsens Kul-
tusminister Professor
Rolf Wernstedt sprach
bei der Eröffnung des
Historikertages in Han-
nover: Ohne Feindbild
fühlen wir uns allein.

Seite 5

47. Jahrgang / 184

24. September 1992

Nur die Kraft der Vernunft zählt Zur Strategie der SPD-Ost

Von Stephan Hilsberg MdB
Mitbegründer und Erster Sprecher der SPD

Bis in die späten Septembertage des Einigungsjahres 90 existierte die Ost-SPD als selbständige und politisch eigenständige Partei. Die Vereinigung mit der westdeutschen Schwesterpartei wurde von der Ost-SPD aus tiefster Seele gewollt. Dazu bekennen sich die ostdeutschen Sozialdemokraten auch heute. Die Unterschiede aber zwischen den beiden Teilen der deutschen Sozialdemokratie sind nicht verschwunden. Sie sind so deutlich, daß es mir gerechtfertigt scheint einen eigenen Terminus für die ostdeutsche Sozialdemokratie einzuführen. Ich werde sie SPD-Ost in bewußter Abgrenzung zur Ost-SPD nennen. In Bezug auf die Überwindung dieser Unterschiede waren wohl auch hier die Hoffnungen größer als die realen Möglichkeiten. Die SPD-Ost unterscheidet sich von dem Westteil der SPD sowohl in Hinsicht auf ihre Mitgliedschaft als auch in Hinsicht auf die politische Landschaft, in der sie zu agieren hat.

In Ostdeutschland kommt im Mittel ein SPD-Mitglied auf 500 Einwohner, in Westdeutschland dagegen auf 65. Die Erwartungen der "Baracke" (SPD-Partei Vorstand im Bonner Erich-Ollenhauerhaus) an ein schnelles Wachstum der Ost-SPD waren deutlich überzogen. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen schwankt zwischen Stagnation und vorsichtigem, behutsamem Anwachsen. Auch das Zugehen auf ehemalige SED-Mitglieder hat die Mitgliederentwicklung nicht beschleunigt und vermag dies auch nicht. Die Diskussion der letzten Wochen um eine Ost-Partei lockt ebenfalls niemanden in die SPD. Hier sind grundsätzliche Überlegungen angebracht.

In Ostdeutschland herrschen andere Mehrheitsverhältnisse als im Westteil des Landes. Es gibt eine starke PDS (siehe Berliner Kommunalwahl), eine stabile Anhängerschaft der Bürgerbewegung, eine CDU mit Identitätsproblemen, eine in sich heterogene FDP. Wie CDU und FDP sich entwickeln, ist daher schwer vorhersagbar. Das Problem der SPD-Ost ist ihre schwache Basis (im Vergleich zu den übrigen Landesverbänden stehen Brandenburg und Berlin noch gut da). Hinzu kommt, daß der Mangel an Persönlichkeiten in der SPD-Ost zu einer Überbewertung der vorhandenen führt. Deshalb sind die für die SPD-Ost günstigen Meinungsumfragen zu relativieren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht Umfang
mit wertvollem Rohmaterial
Recycling-Papier



Die alten Gräben aus der DDR-Zeit sind sichtbar geworden. Die DDR war eine Diktatur, das Volk nicht frei. Die SED und die Blockparteien haben das geleugnet. Zwischen diesen beiden Lagern fand de facto kein Gespräch statt. Die Folgen sind tief verankerte, ausgrenzende Denkmuster. Die CDU versucht, dieses Problem durch eine Reduzierung auf die MiS-Problematik zu lösen. Die PDS verlegt sich auf sogenannte Ost-Identität, die sie ausschließlich für sich beansprucht (Anmerkung: Diestel als Protagonist einer Ost-Partei war als Konkurrent genau darin eine Gefahr für sie, weshalb sich die PDS letztlich erfolgreich in der Ablenkung auf die ostdeutsche Sammlungsbewegung versuchte).

Die öffentliche Meinung in Ostdeutschland hat aus vielen Gründen einen eigenen Charakter. Ich will in dem Zusammenhang nur auf die mangelnden Möglichkeiten der Berichterstattung der meisten Ost-Regionalzeitungen verweisen. In der Regel haben sie kein Büro in Bonn, selten eines in der Landeshauptstadt. Sie sind auf Agenturmeldungen angewiesen. Die Reaktionen schwimmen im eigenen Saft. Daher erscheinen ihre Kommentare häufig verkürzt, vielfach verzerrt. An objektive und detaillierte Pressearbeit muß man höhere Ansprüche stellen.

Unsere Zielgruppen

Die Sozialdemokratie hat sich immer als eine Emanzipationsbewegung verstanden, dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit und dem Gleichheitsgrundsatz verpflichtet. Im Osten Deutschlands gibt es Millionen von Menschen, die in der DDR nicht einfach nur Repressionen ausgesetzt waren, sondern auch gesellschaftlich aufs Abstellgleis geschoben waren. Sie hatten zu arbeiten und den Mund zu halten. Ihnen muß sich die SPD verpflichtet fühlen. Dies sind Arbeiter, die ihren Buckel hingehalten haben. Dies sind Frauen, die schwer geschuftet und unter schwierigen Bedingungen Kinder großgezogen haben. Dies sind Jugendliche, die um ihre Entfaltungsmöglichkeiten betrogen wurden, weil die Zulassungsquote zum Abitur nur ein Drittel des Westens betrug.

Derzeit kommen durch die konservative Regierungspolitik zu den alten Ungerechtigkeiten neue hinzu. Als Beispiel seien Treuhand, überzogene Mieten und diskriminierende Renten genannt. Die Betroffenen fühlen sich doppelt betrogen (Von DDR und BAD). Dies sind die Mandanten der SPD-Ost.

Zugang finden

Derzeit gibt es überall Kämpfe um den Erhalt von Produktionsstandorten. Solange der radikale wirtschaftliche Kahlschlag anhält, der von der Treuhand durchgeführt wird und von der CDU/CSU/FDP-Regierung zu verantworten ist, muß die SPD-Ost gegen jegliche Betriebsstilllegung sein. Sie ist gut beraten, sich den kämpfenden Betriebsräten an die Seite zu stellen und gemeinsam für die Standortsicherung notfalls mit Kampfmaßnahmen einzustehen. Wege dorthin sind ein besserer Kontakt zu den Gewerkschaften, insbesondere vor Ort, und das ständige Gespräch mit den Betriebsräten.

Behörden und Bürokratie werden von der Bevölkerung zunehmend als Belastung empfunden. Jeder Fehler, der der Verwaltung unterläuft, jeder Korruptionsvorwurf, jede Wohnungsschieberei schlägt derzeit allgemein in Politikverdrossenheit um. Deshalb muß sich jede Partei um Bürgernähe mühen. Für die SPD ist dieses Problem aber dringlicher, weil diejenigen, für deren Interessen die SPD eintritt, geringere Möglichkeiten haben, sich zu wehren. Das heißt, die SPD sollte insbesondere auf kommunaler Ebene jedem Vorwurf nachgehen, bis der aus der Welt geschafft ist. Erst das ist eine echte Interessenvertretung der Bürger. Wer sich dieser anstrengenden Basisarbeit unterzieht, kann die freudige Entdeckung machen, daß Vertrauen in Politik nicht nur schwinden, sondern auch wachsen kann.

Der Frust geht um in Ostdeutschland. Die Schattenseiten der Vereinigung überwiegen derzeit. Ohnmacht und Verzweiflung machen sich breit. Angesichts der Arbeitslosigkeit, niedrigen Renten, teuren Mieten und und und...fragen die Menschen: "Das kann doch nicht wahr sein?" Es ist aber wahr. Fragen richten sich vor allem an diejenigen politischen Kräfte, die die Vereinigung gewollt haben. Das tat die SPD, insbesondere die Ost-SPD zweifellos. Also stehen wir nun auch in der Verantwortung. Und wir können nicht so tun, als ob die Teilungskonflikte in der SPD nicht stattfänden, wenn gleichzeitig westdeutsche SPD-Ministerpräsidenten gegen die

volle Einführung des Länderfinanzausgleichs Stellung nehmen. Wenn die Investitionsquote in Westdeutschland höher ist als in Ostdeutschland, dann heißt dies schlicht, daß sich die Schere zwischen Ost und West weiter öffnet. Das ist der Zündstoff dauerhaft schwelender Konflikte zwischen Ost und West.

Die Antwort ostdeutscher Politiker darf nicht Resignation (oder gar sich Diestel anbieten) heißen, sondern Konfliktbereitschaft. Diese Konfliktbereitschaft gegen die mangelnde Teilungsbereitschaft wächst aus der Erkenntnis, daß die ostdeutsche Entindustrialisierung sowohl politisch als auch finanziell und unbezahlbar ist. Darüber finden durchaus heftige Diskussionen statt. Diese Diskussionen in der SPD müssen raus aus den engen Zirkeln von Bundestage- und Abgeordnetenhausfraktion. Die Ostdeutschen müssen das Gefühl haben, daß sie auch in der SPD-Ost würdige Interessenvertreter haben.

Ehrlichkeit im Umgang miteinander

Wir können den Menschen nicht mehr versprechen als machbar ist, wir sind auf den Kompromiß angewiesen. Sozialdemokratische Politik bedeutet, mündige Politik für mündige Bürger zu machen. Dabei ist die SPD, wie jede gesamtdeutsche Partei, in der Gefahr, auf der fundamentalistischen Seite überholt zu werden. Diese Gefahr droht der SPD vor allem von der PDS.

Die PDS hat sich den demokratischen Bedingungen weitgehend angepaßt, bei vielen ihrer Mitglieder möglicherweise ehrlich. Gleichzeitig ist zu verzeichnen, daß in der PDS das alte Denken weiterlebt. Die "ostdeutsche Sammlungsbewegung" Gysis, eine Neuauflage der Nationalen Front, das Gerede von der ostdeutschen Überparteilichkeit (als ob durch das Ausradieren programmatischer Unterschiede grundlegende Strukturprobleme besser gelöst werden könnten), die mangelnde Abgrenzung gegenüber Stasimethoden und die Integration ehemaliger MfS-Mitarbeiter bis in Vorstände gebieten äußerste Aufmerksamkeit.

Die PDS ist sich ihres schlechten Rufes, Nachfolger der SED zu sein, durchaus bewußt. Deshalb versucht sie, ihre demokratische Hoffähigkeit unter Beweis zu stellen, beispielsweise durch eine Anlehnungspolitik an die SPD. Gleichzeitig unterstellt sie der SPD zuviel Kompromißbereitschaft, so daß die eigentliche Interessenvertretung auf der Strecke bliebe.

Deshalb muß die Auseinandersetzung mit der PDS offensiv geführt werden. Den ostdeutschen Schlamassel haben zuallererst die DDR, und mit ihr die SED zu verantworten. Wir können nicht unwidersprochen hinnehmen, daß beispielsweise ein Modrow und ein Keller, ehemalige ranghohe DDR-Politiker heutzutage moralisch über diejenigen richten, die versuchen, Ostdeutschland endlich wieder in Ordnung zu bringen.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik ist ihr Verhältnis zur Macht. Für Sozialdemokraten muß Macht demokratisch legitimiert sein, bei den Kommunisten war Demokratie lediglich ein Durchgangsstadium in ihrem Ziel der totalen Macht. Denjenigen PDS-Mitgliedern, die hinnehmen, daß Vorsitzende von Interessensvereinigungen ehemaliger MfS-Mitarbeiter Sitz und Stimme im Bundesvorstand der PDS haben, kann man nicht abnehmen, daß sie sich nicht wieder einmal für eine Diktatur mißbrauchen lassen würden.

Wenn es überhaupt ein Vermächtnis der Ost-SPD gibt, dann ist dies die Aufgabe der Verhinderung jeglicher totalitärer Machtsysteme.

Eine solche Auseinandersetzung kann im Ton höflich, aber in der Sache scharf geführt werden.

Auf dem Weg der Integration

Manfred Stolpe hat kürzlich sinngemäß erklärt, er kenne keinen Menschen, der von Grund auf schlecht ist. Das entspringt einer christlichen Haltung. Niemand darf ehemaligen Kommunisten oder PDS-Mitgliedern ihre Ideale absprechen. Die Diskussion mit den Kommunisten ist vor allem eine über den Weg zu einer gerechten Gesellschaft.

Die Ausgrenzung, die in der DDR gegenüber andersdenkenden oder generell unabhängigen Menschen praktiziert wurde, darf heute nicht mit Ausgrenzung beantwortet werden. Eine Demokratie lebt davon, daß sie jedermann einlädt, an demokratischer Willensbildung teilzuhaben.

Praktisch heißt dies, ich darf keinem Lehrer pauschal übernehmen, daß er sich innerhalb der sozialistischen Volksbildung engagiert hat. Andererseits muß eine Diskussion über den systemreproduzierenden Charakter der Volksbildung geführt werden.

Innerparteiliche Bildungsarbeit

Wer sich eingehend mit der ostdeutschen politischen Landschaft beschäftigt, wird sehr schnell merken, daß Erwartungen an einen schnellen Mitgliederzuwachs der SPD-Ost utopisch sind. Die Solidaritätsgelder für den Aufbau der ostdeutschen SPD werden über 94 hinaus notwendig sein.

Die Mitglieder der SPD-Ost haben, darin unterscheiden sie sich nicht vom übrigen Teil der Bevölkerung, einen Kraftakt vor sich. Die SPD muß an die Tugenden der SPD zu Urgroßvaterzeiten anknüpfen. Nicht umsonst ist sozialdemokratische Bewegung aus einem Arbeiterbildungsverein hervorgegangen. Wer Menschen emanzipieren will, muß ihnen die intellektuellen Mittel dafür zur Verfügung stellen.

Fazit: Innerparteiliche Bildung muß ein Herzensanliegen der Gliederungen der Ortsverbände sein.

Parteiarbeit ist Meinungsbildung plus Öffentlichkeitsarbeit. Folgerichtig hat die innerparteiliche Bildungsarbeit zwei Aufgabengebiete zu bearbeiten.

Die Meinungsbildung muß auf einem gesicherten Bildungsstand an SPD-Programmatik und Geschichte beruhen. Hinzu kommt das Wissen um die Hintergründe der aktuellen Diskussion um ökologische Erneuerung, soziale Marktwirtschaft, Wanderungsbewegungen und EG-Fragen, um nur einige zu nennen. Eine konzeptionelle Politik der SPD, die auf die Weiterentwicklung der bundesdeutschen Demokratie gerichtet ist, muß auf einem gesicherten Bildungsstand der SPD-Mitglieder fußen und benötigt zudem ein offenes und konstruktives Diskussionsklima ohne Tabu-Zonen.

Das Problem der Öffentlichkeitsarbeit besteht in der Aufgabe, daß die SPD in das Gespräch mit den Bürgern kommt. Es ist also eher technisch-organisatorischer Art.

Ist die SPD zusätzlich in der Verantwortung, und das ist mit jedem Mandatsträger der Fall, kommt die Beschäftigung mit den Problemen der Verwaltung als dritte Säule zur innerparteilichen Bildung hinzu.

In der Politik gibt es keine gute Fee und keine Zauberei. In der Politik zählt nur die Kraft der Vernunft. In der Wiege der SPD haben schnelle Erfolge bisher kaum gelegen. Erfolge aber hat die SPD in ihrer langen Geschichte durchaus aufzuweisen. Mit beharrlicher Arbeit und dem gesunden Menschenverstand kann auch die SPD-Ost ihre Hochburgen aufbauen.

(-/24. September 1992/rs/ks)

Ein Monument der Naturzerstörung **Zur Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals**

Von Horst Kubatschka MdB

Kein Grund zum Feiern ist die offizielle Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals am 25. September. Angesichts der immensen Kosten des Kanals und den schweren Umweltbelastungen, die mit seinem Bau einhergingen, sehe ich keinen Grund zur Fröhlichkeit und werde daher an der Eröffnung auch nicht teilnehmen. Durch die Baumaßnahmen wurde stark in den Wasserhaushalt eingegriffen, wurden Biotope beseitigt, viele Tier- und Pflanzengesellschaften sind dauerhaft geschädigt worden. Natur läßt sich, entgegen aller anderen Beteuerungen, eben doch nicht 'ausgleichen'.

Zu kritisieren ist die Teilnahme des Bundespräsidenten an der Eröffnungsfeier. Durch seine Teilnahme wird dieses Monument der Naturzerstörung weiter aufgewertet.

Der Rhein-Main-Donau-Kanal ist beileibe kein "Jahrhundertwerk", vielmehr ist sein verkehrspolitischer Sinn seit über hundert Jahren überholt: Lediglich bis zum Beginn des Eisenbahnzeitalters wäre ein solcher Ausbau sinnvoll gewesen. Schon der Vorgänger des Rhein-Main-Donau-Kanals, der durch Ludwig I. im Jahre 1846 eröffnet wurde, erwies sich aufgrund der Konkurrenz durch die Eisenbahn als Fehlinvestition.

Mit Blick auf die Ausbaupläne der Rhein-Main-Donau AG (RMD) für die Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist zu fordern, die Naturzerstörung jetzt nicht noch fortzusetzen. Bei allen Überlegungen, ob und gegebenenfalls wie weit die Donau ausgebaut werden solle, muß der Umweltschutz stärker als bisher im Vordergrund stehen. Bevor zwischen 1,1 und zwei Milliarden Mark für die Kanalisierung dieses landschaftlich und ökologisch wertvollen Flußstückes aufgebracht werden, muß Sinn und Umfang des Ausbaus kritisch hinterfragt werden. Sonst läuft man Gefahr, daß sich ein weiteres früheres Prestige-Objekt zu einem Millionengrab, einer milliardenschweren Investitionsruine entwickelt.

(-/24. September 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Rolf Wernstedt: Ohne Feindbild fühlen wir uns allein

Der niedersächsische Kultusminister, Professor Rolf Wernstedt sprach bei der Eröffnung des 39. Historikertages am 23. September 1992 in Hannover. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede.

Der Historikertag findet mitten in der Phase der Ratifizierungs- und Abstimmungsprozesse zu den sogenannten Maastrichter Verträgen zur politischen Union Europas statt. Historisches Denken hat selten so aktuelle Bezüge gehabt wie in diesen Monaten. Die Verunsicherung in den EG-Staaten, ein Gemisch aus Unkenntnis, Befürchtungen und Selbstbehauptungswillen, hat tiefere Wurzeln als das Unbehagen an technokratischen Großlösungen. Regionale und nationale Bezüge sind unverkennbar. Ohne den Wegfall der Ost-West-Grenzen wäre der Einigungsprozeß Westeuropas vielleicht leichter voranzutreiben.

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Osteuropa hat sich die gesamteuropäische Szenerie grundlegend verändert. Niemand darf glauben, daß die Probleme Osteuropas, nämlich die Festigung demokratischer Strukturen, die Etablierung leistungsfähiger Volkswirtschaften und die kulturelle Integration in Europa, ohne tiefgreifende Wandlungen im Westen voranzubringen sind. In besonders scharfer Akzentuierung ist dies im neuen vereinten Deutschland zu erleben. Es zeigt sich, daß der Wegfall des Feindbildes Kommunismus uns gewissermaßen allein läßt. Es reicht für das Selbstverständnis unseres Landes offensichtlich nicht aus, gegen den Kommunismus gewesen zu sein.

An der Anwesenheit und der ständig wachsenden Zahl von Asylsuchenden (ob sie zu Recht oder Unrecht besteht, sei hier unerörtert), erleben wir die vielleicht sichtbarste Hilflosigkeit deutscher Politiker in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Sie zu beschimpfen, hilft dabei überhaupt nicht. Den großen Volksparteien sind auf Grund dieser Probleme die Mehrheiten abhanden gekommen. Sie sind genauso orientierungslos wie ein Großteil der Bevölkerung.

Ich bin weit davon entfernt, aus der Geschichte vorschnelle politische Rezepte ziehen zu wollen; aber vielleicht trägt es zur Beruhigung der Gefühle und zur Klärung der Gedanken bei, wenn der historische Kontext, in dem wir zur Zeit stehen, versucht wird aufzuhehlen.

Mit Blick auf die völkermörderischen Ereignisse von Sarajevo bis Stepanakert scheint es fast, daß der Gulag durch die Pogrome ersetzt wird. Es scheint, als ob dieses Jahrhundert umsonst gelebt worden ist und Millionen umsonst gestorben sind, wenn die Einrichtung von KZ, die willkürliche Vertreibung von Menschen und der rassistisch, ethnisch und religiös begründete Völkermord wieder strafflos passieren können und ganze Völker verhungern.

Die aktuellen, schrecklichen Bilder zeigen, daß es keine ein für allemal erworbenen gesicherten Errungenschaften gibt. Im Gegenteil: auch unser Land wird in seinen ökonomischen und ideellen Selbstauffassungen tief aufgewühlt. Das materielle Ost-West-Gefälle verdeckt im Augenblick noch die tieferliegende geistige Entfremdung beider Teile unseres Volkes. Was soziale Gerechtigkeit, was Erwartung und gemeinsame Aufgabe sein können, wird durchaus unterschiedlich buchstabiert in Ost und West.

Die letzte gemeinsame deutsche Erfahrung und Erinnerung waren der Nationalsozialismus und der Krieg, die erste gemeinsame Gefühlslage nach den Freudenwochen vom November und Dezember 1989 ist offenbar Fremdenfeindlichkeit. Da nützt es auch nichts, wenn vor wenigen Tagen 30.000 VW-Arbeiter Gorbatschow Beifall klatschten, als er sagte, Rostock sei nicht Ausdruck der Gesinnung des deutschen Volkes.

Daß man angesichts der Tatsache von 40 Prozent Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland bei uns im Westen um Zehntelprozente, ob bei Tarifverhandlungen oder Unterrichtsversorgung, feilschen mag, ist kein Zeichen dafür, daß wir auf der Höhe der Aufgabe der Zeit sind.

Vor uns in Deutschland und Europa liegen Jahrzehnte schwerster ökonomischer, politischer und kultureller Probleme. Die Leistung der jetzt in Arbeit und Funktion stehenden Menschen wird eines Tages nicht allein daran gemessen, wieviele Milliarden transferiert worden sind (obwohl die Ostdeutschen dies erwarten und die Westdeutschen dies befürchten), sondern ob wir diesen Prozeß der Angleichung und Einheit auch geistig bewältigen. Der gegenwärtige Zustand, eine Mischung aus Mißmut und Vorurteilungsgeladenheit mit mangelndem Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten, hat die Gewohnheiten aus beiden deutschen Staaten gleichsam auf eine neue Stufe gehoben. Eine gewisse Verantwortungslosigkeit gegenüber dem öffentlichen Raum ist die Tradition beider deutscher Staaten, weil man es in der alten DDR nicht anders konnte und in der alten Bundesrepublik der Staat ohnehin das private Engagement und die Freiheit belohnte.

Der Historikertag macht in seinem Angebot deutlich, wie vielfältig der methodische Zugang zur Vergangenheit ist. Wer eines Tages die heutige Zeit historisch aufarbeiten und verstehen will, wird mit Sicherheit aus der Aktenlage oder gar der Tagespublizistik gar nicht viel entnehmen können. Mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen, psychosoziale Befindlichkeiten, unaufgearbeitete Vorstellungsbestände aus Ost und West gehören in diesen Zusammenhang.

Für mich gibt es, aus der neuen historischen Forschung heraus gesehen, eine ziemlich große Schnittmenge zwischen den Aufgaben der historischen und politischen Bildung. Aber es ist ein didaktischer Irrtum, beide Zugangsweisen zum Problem beliebig zu vermengen. Es sollte dennoch Einvernehmen herstellbar sein in der Feststellung, daß in jeder historischen Fragestellung die geronnene Politik mitbedacht sein muß und jede politische Bildung ohne historische Dimension hilflose Handwerkelei bleiben muß. Die weithin ungelöste Aufgabe historisch-politischer Bildung ist die gewissenhafte Beschreibung dieser Fragespannung. Der Historikertag sollte auch dies bei seinen Arbeiten im Kopf behalten. (...)

(-/24. September 1992/rs/ks)
